

| Interpretationsrepertoire | Restriktiver Teildiskurs/ Diskurskoalition AbtreibungskritikerInnen, BefürworterInnen der Beibehaltung des § 219a |
|--|---|
| Problem/Thema | <p>In Bezug auf den Bezugsartikel/gesellschaftliche Diskussion</p> <ul style="list-style-type: none"> - Neutralität der Berichterstattung - moralische Diskussionswürdigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen - restriktive Haltung mit radikalen Haltungen gleichgesetzt <p>In Bezug auf §§ 218, 219</p> <ul style="list-style-type: none"> - Geltendes Recht - Forderung von Legalisierung, nicht von Informationen - kein Informationsmangel - keine neutrale Beratung - keine Rechtssicherheit für ÄrztInnen - Definition Beginn Leben - fehlende Indikation bei Schwangerschaftsabbrüchen |
| §§ 218, 219a als Ursachen Berichterstattung als Ursache | <ul style="list-style-type: none"> - aktuelle gesetzliche Regelung führt dazu, dass Abtreibung nicht mehr moralisch-ethisch, sondern technisch diskutiert wird - Werbung führt zu Normalisierung von Abtreibungen - einseitige Berichterstattung führt zu Diffamierung von ÄrztInnen - einseitige Berichterstattung führt dazu, dass über Gegenargumente nicht mehr nachgedacht wird |
| Verantwortung & Handlungsmöglichkeit/ Problemlösung | <ul style="list-style-type: none"> - Deutsches Ärzteblatt ist dafür verantwortlich, die Meinungen, Ansichten und Argumente der AbtreibungsgegnerInnen und BefürworterInnen der Beibehaltung des § 219a - Praxen sind dafür verantwortlich, dass Abtreibungen nicht normal werden, indem sie nicht dafür werben - die Gesellschaft hat die Verantwortung, dass Abtreibungen nicht normal werden |
| Selbstpositionierung | <ul style="list-style-type: none"> - Rechtfertigung gegenüber zukünftigen Generationen von AbtreibungsgegnerInnen - fühlt sich vom Mainstream „in die Ecke“ gestellt - fühlen sich fremdpositioniert durch die Diskurskoalition BefürworterInnen Abschaffung § 219 und AbtreibungsbefürworterInnen |
| Fremdpositionierung | <ul style="list-style-type: none"> - AbtreibungsbefürworterInnen führen technische (nicht moralisch-ethische) Diskussionen über Abtreibungen - AbtreibungsbefürworterInnen wünschen sich eine Liberalisierung des Werbeverbots - Politik fordert mehr als nur Abschaffung von § 219a - BefürworterInnen der Abschaffung des § 219a haben kein Problem mit „anderen Regelungen im Gesundheitssektor die aus der Zeit des Nationalsozialismus stammen“ |
| Positionierung der Frauen | <ul style="list-style-type: none"> - Frauen werden sich, wenn ÄrztInnen für Abtreibungen werben, weniger mit Alternativen zu Abtreibungen auseinandersetzen - für Frauen ist Abtreibung ein schwerwiegendes Ereignis, weil sie das Kind (unter anderem Umständen) „am liebsten“ zur Welt gebracht hätten |
| Wertimplikationen | <ul style="list-style-type: none"> - Staat (wäre) verpflichtet zur Werbung für Nicht-Abtreibung - Beratung zu Schwangerschaftsabbrüchen sollte neutral sein - Schwangerschaftsabbrüche sollten nicht im Sinne der Gesellschaft sein |